

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1,60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Sonntag, den 27. November 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Eine Verfügung des Justizministers.

Gegen das Duell hat der Justizminister eine Verfügung an die Staatsanwaltschaften erlassen, die als ein Erfolg der Unwillensbedingungen der Öffentlichkeit und des Reichstages anzusehen ist.

Der Justizminister ist der Meinung, daß die ungenügende Abmilderung der Duellstrafe weniger dem geltenden Gesetz als der Handhabung desselben verschuldet sei. Es würden meistens nur die vom Gesetze vorgeschriebenen Mindeststrafen verhängt. Diese milde Praxis habe zur Vermehrung der Duelle beigetragen. Diese Praxis sei so lange entschuldigbar gewesen, als sie durch das öffentliche Rechtsbewußtsein getragen worden sei. Das sei aber jetzt nicht mehr der Fall. Der Minister verweist auf den einstimmigen Beschluß der Reichstags vom 21. April 1896, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dem Duellwesen entgegenzutreten, sowie auf die entsprechende Zusage des Reichskanzlers.

Der Minister verfügt daher Folgendes zur Nachachtung:

Die Beamten der Staatsanwaltschaft erwacht hieraus die Pflicht, bei noch vorkommenden Übertretungen der Duellgesetze auf eine nachdrückliche Anwendung der letzteren hinzuwirken. Mehr als bisher wird hierbei auf die Veranlassung des Duells, auf die größere oder geringere Frivolität bei der Herbeiführung desselben, auf das Verhalten der Theilnehmenden gegenüber dem Versuch eines friedlichen Ausgleichs, auf die Schwere der Kampfbedingungen und auf den Ausgang des Duellkampfes Rücksicht zu nehmen sein. Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, daß die gewöhnlich für die Anwendung niedriger Strafen angeführten Gründe, welche einem verfeinerten Ehrgefühl und den in gewissen Ständen und Gesellschaftsklassen herrschenden Anschauungen entnommen zu werden pflegen, in der dem Zweikampf im Strafgesetzbuch eingeräumten Sonderstellung schon eine weitgehende Verächtlichmachung gefunden haben. Ihnen auch bei der Strafmaßbestimmung im Rahmen des Gesetzes ein entscheidendes Gewicht mit der Wirkung beizulegen, daß die Überschreitung der Mindeststrafen einer besonderen Rechtfertigung bedürfte, würde der Absicht des Gesetzes nicht entsprechen.

Des weiteren erörtert die ministerielle Verfügung die Frage, ob andererseits die bestehenden Einrichtungen genügen, „gegen Ehrverletzungen einen wirksamen Schutz im Wege des gerichtlichen Verfahrens zu gewähren.“ Sie führt hierzu aus: „Es kann nicht befremden, daß jemand, der sich oder seine nächsten Angehörigen in ihrer Ehre schwer gekränkt sieht, in der regelmäßig erst nach Monaten erfolgenden Verurteilung des Verleüders zu einer geringen Geldstrafe eine angemessene Sühne nicht erblickt.“

Dazu komme für den Verleüder die Befürchtung, daß der Verleüder, wenn er angeklagt ist, dann zu seiner Entlastung oft die ganze Vergangenheit des Prozeßgegners einer gründlichen Untersuchung zu unterwerfen sucht. Zur Beseitigung dieser angeblichen Mißstände sagt die Verfügung:

„Dem Verus der Staatsanwaltschaft entspricht es, innerhalb ihres Wirkungsbereiches solchen Mißbräuden nachdrücklich entgegenzutreten und dahin zu wirken, daß Verleüderungen nach Maßgabe ihrer Schwere eine rasche und empfindliche Sühne finden. Wenn erst die Ueberzeugung eine allgemeine wird, daß auch das Rechtsgut der persönlichen Ehre im Falle seiner Verletzung eines kräftigen Schutzes bei den geordneten Behörden sicher ist, so darf erwartet werden, daß der Anreiz zu geschwinder Selbsthilfe sich mindern werde. Um so mehr wird es alsdann berechtigt erscheinen, auch gegen die Uebertreter der Duellgesetze mit voller Strenge einzuschreiten.“

In wie weit die vorstehend entwickelten Gesichtspunkte Anlaß geben können, auch bei Privatbeleidigungen die Erhebung der öffentlichen Klage als im öffentlichen Interesse liegend anzusehen, darf der Erwägung im Einzelfalle überlassen werden.“

Wir sehen in dieser Verfügung einen Versuch der Regierung, der Zusage des Kanzlers in der Richtung der Verminderung der Duelle nachzukommen, einen Versuch, der gewiß auch bis zu einem gewissen Grade und in gewisser Hinsicht gute Folgen erzielen dürfte.

Zu bemerken ist aber, daß der Justizminister zugiebt, daß nicht alle Schuld an der bisherigen Handhabung des Gesetzes gelegen hat, daß vielmehr das Gesetz selbst nicht genügend ist. Ebenso wie die laze Handhabung der Duellbestimmungen eine Folge der besonderen Ehrbegriffe ist, die sich gewisse „bevorzugte Gesellschaftsschichten“ zuschreiben und die ihren Einfluß gerade auf die Kreise der Staatsanwälte und der Richter ausgeübt haben, so sind auch die gesetzlichen Bestimmungen selbst aus diesen falschen und veralteten Ehrbegriffen hervorgegangen.

Was an gewöhnlichen Sterblichen als Todtschlag und Mord geahndet und mit den allerhärtesten Strafen bedroht ist, das gilt, nach dem Gesetz, bei dem duellmäßigen Mord als ein verhältnismäßig unbedeutendes Vorgehen und ist deshalb nur mit geringerer Strafe bedroht.

Indem also der Justizminister eine Aenderung des öffentlichen Rechtsbewußtseins in der Auffassung des Duells anerkennt, müßte er logischerweise auch eine Aenderung der Gesetzesbestimmungen selbst vorschlagen. Eine derartige Absicht scheint jedoch in Regierungskreisen nicht zu bestehen und doch würde gerade hierin ein sehr wirksames Mittel zur Erreichung des Zweckes liegen, den auch die Regierung, wie sie sagt, anzustreben beflissen ist.

Vor allem aber muß im Anschluß an die Verfügung des Justizministers eine Aenderung der Vergnädigungspraxis gefordert werden. Gerade die häufigen, fast regelmäßig erfolgenden amtlichen Empfehlungen der Duellsege durch denselben Justizminister, der die vorliegende Verfügung erlassen hat, haben das öffentliche Rechtsbewußtsein am meisten in Erregung versetzt; in der sicheren Hoffnung auf Vergnädigung haben die Kaufmännigen sich mit leichtem Spott über das Gesetz hinwegsetzen zu dürfen vermeint. Hier müßte unbedingt Wandel geschaffen werden. Und da der Justizminister bei der Auswahl der zu Vergnädigenden die anschlagngebende Stelle sein soll, so wird es keine Aufgabe sein, hier ernstlich einzugreifen. Das würde von ganz anderer Bedeutung sein als die auffallende Empfehlung, bei Verleüderungen strengere Strafen zu verhängen.

Ja diese Empfehlung dünkt uns nicht nur nicht nöthig für den beabsichtigten Zweck, sondern höchst bedenklich; sie verunstaltet die sonst annehmbare Verfügung des Justizministers vollständig. Denn im allgemeinen kann davon gar keine Rede sein, daß die Gerichte bei Verleüderungsklagen zu milde strafen. Insbesondere pflegen die Strafmaße gegen die Redakteure oppositioneller Blätter oder oppositionelle Redner außerordentlich hohe zu sein. Die Ehre der Beamten und Fabrikanten, die einmal von einem sozialdemokratischen Blatte in der Hitze des politischen Gefechts ein wenig angefaßt worden sein soll, ist oft mit geradezu horrenden Strafen weiß gewaschen worden. Wir wollen gewiß keine Lanze brechen für leichtfertige Verleüderungen, aber bei der Härte des Strafgesetzbuches gegenüber Verleüderungen, bei der strengen Abmilderung auch jeder nur formellen Verleüderung, die man in England beispielsweise überhaupt nicht kennt, erscheint eine Aufforderung in so allgemeiner Form, wie sie der Justizminister giebt, sehr bedenklich. Sie könnte leicht zu weiteren Erschwerungen in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, von der sich die Charakterisirung von Persönlichkeit oft nicht trennen läßt, führen. Dieses wird um so mehr der Fall sein, wenn die Staatsanwälte zur Erhebung der öffentlichen Klage bei Verleüderungen gar in noch reichlicherem Maße als bisher schon schreiten, wozu sie der Justizminister unzweideutig auffordert.

So wird die geringe Dosis des Erfreulichen, was die Verfügung bezüglich der Duellbestrafung bringt, durch doppelt bedenkliche Anweisungen hinsichtlich der Verleüderungsklagen im stärksten Maße beeinträchtigt.

Zusagen zu halten ist nicht die starke Seite der Regierung. Und wenn sie endlich einmal daran geht, das Versprochene durchzuführen, so geschieht es mit allerlei Wenn und Aber, mit Einschränkungen und Zugaben, wie es den reaktionären Strömungen paßt. So auch hier wieder. Ein kleiner Fortschritt in der Bekämpfung des Duellwesens und dafür die Aussicht auf einen um so größeren Rückschritt in dem großen Gebiete der Verleüderungsklagen!

So sehen Reformen in Preußen aus!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Scholbarone mobilisieren. Der „Leipziger Volkszeitung“ wird von einem Kenner der Verhältnisse geschrieben: Der Deutsche Handelsstag, der Zentralverband deutscher Industrieller und andere große industrielle Vereinigungen werden Mitte Dezember eine Kundgebung von Großindustriellen zu Gunsten der Tirpisch-Marinpläne inszenieren.

Die Anregung zu dieser Demonstration geht von der Handelskammer in Hamburg aus, deren Mit-

glieder, meist Rheder, freilich ein hervorragendes Interesse an der Vermehrung der Flotte haben.

Der Altdeutsche Verband hat bereits einen ähnlichen Rummel veranstaltet und es steht zu erwarten, daß auch noch weitere Korporationen mobil gemacht werden, um dem deutschen Michel das Gruseln beizubringen.

Aber es werden sich weder die Wähler, noch der Reichstag dämpfen lassen.

Preußen ist Trumpf! Zu diesem Kapitel liefert die „Kreuzzeitung“ folgenden ernstgemeinten Mit: „Vielleicht interessiert es, eine Aeußerung des jüngst verstorbenen Rentiers Erich Schleicher aus Düren (Rheinland) über die „Ostelbier“ zu hören, der einer Großindustriellen-Familie angehört, und über dessen reiche Vermächtnisse an Wohltätigkeitsanstalten usw. alle Zeitungen Berichte brachten. Am Mittagstische des Gasthofes in Düren, an welchem Schleicher früher regelmäßig speiste und an dem auch Schreiber dieses eine Zeit lang theilnahm, warf eines Tages einer der sonst noch anwesenden Herren die Frage auf, „weßhalb wohl die preussischen Konsols immer 20-30 Pfg. höher ständen, als die gleichprozentigen deutschen Reichspapiere?“, worauf Schleicher sofort das Wort ergriff und erwiderte: „Das will ich Dir sagen, lieber B.: das Deutsche Reich kann eher in Trümmer gehen, als der preussische Staat, denn ehe der auseinanderfällt, müßte der letzte pommersche Junker seinen letzten Athemzug ausgehaucht haben. Das weiß die ganze Geschäftswelt.“ — Wo waren denn die pommerschen Junker, als zu Anfang dieses Jahrhunderts der preussische Staat nahe daran war, zu verschwinden? Da haben sie mit der Betätigung ihres „Patriotismus“ — nachdem Viele von ihnen offenen Landesverrath getrieben hatten — hübsch gewartet, bis das „gewöhnliche Vaterland“ zu opfern. Noheit, Unverschämtheit und Feigheit, das sind die hervorsteckendsten Charakterzüge des Durchschnitts-Junkertums in Ostelbien. Wenn der preussische Staat für seine Existenz auf diese ostelbische Sippe angewiesen wäre, stände es recht schlecht um ihn.“

Der § 193 Str.-G.-B. der Wahrnehmung berechtigter Interessen handelt und einen wirklichen oder vermeintlichen Verleüder vor Strafe zu schützen geeignet ist, kommt, so schreibt die Berliner „Volksztg.“, wieder zu hohen Ehren, nachdem es, namentlich in Preßprozessen, häufig schien, als existire er gar nicht mehr. In der Klagesache gegen den Landrath von Puttkamer in Stolp hat nämlich das Schöffengericht den wegen Verleüderung angeklagten Landrath von Puttkamer unter Zubilligung des § 193 des N.-Str.-G.-B. von Strafe und Kosten freigesprochen.

Der Angeklagte hatte bekanntlich an die Lehrer seines Kreises eine Verfügung erlassen, in der er Reichsblatt und Bauernfreund als gemeingefährliche Zwecke dienend bezeichnet hatte.

In der Begründung des Urtheils führte Herr Amtsgerichtsrath Jäne ungefähr folgendes aus: Es muß zwar anerkannt werden, daß der Angeklagte die Verfügung vom 28. Juli d. J. in amtlicher Eigenschaft zu erlassen nicht berechtigt war. Im ganzen preussischen Staate werden Zeitungen jeder Art und jeder Richtung durch schulpflichtige Kinder umhergetragen, ohne daß ein Mensch daran Anstoß genommen hätte. Auch sei der angeklagte Geh. Regierungsrath v. Puttkamer nicht direkter Vorgesetzter der Lehrer, so daß ihm ein Eingehen in die Schulzucht nicht zustehe. Es könne ihm deshalb in seiner Eigenschaft als Beamter der Schutz des § 193 des N.-Str.-G.-B. nicht zugesprochen werden. Der Gerichtshof komme aber aus einem anderen Gesichtspunkte dazu, ihm diesen Schutz dennoch zu bewilligen. Ein Redakteur sei als Verfasser der Zeitung ein Gewerbetreibender (??!) und der Ausdruck des angeklagten Landraths von Puttkamer könne nur als ein „tabelndes Urtheil“ über seine gewerbliche Leistung angesehen werden, die nur dann strafbar sei, wenn das Vorhandensein einer Verleüderung in der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter denen sie geschah, hervorgeht. In dieser Beziehung sei aber festzustellen, daß im heutigen Parteikampfe Ausdrücke wie „gemeingefährlich“ und dergleichen nur in dem Sinne gebraucht werden, daß die Meinungen der Gegner mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar und deshalb gemeingefährlich seien.“

Die Form der Aeußerung und die Umstände, unter denen sie geschieht, deuteten aber darauf hin, daß es dem angeklagten Landrath gar nicht darauf angekommen ist, die Person des Redakteurs zu treffen, sondern nur die Verbreitung der ihm parteipolitisch unangenehmen Blätter zu verhindern.

**Vom Petroleum-Monopol.** Aus Bremen wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet:

Die Nachrichten, daß die sächsischen Petroleumhändler kämpfen wollen gegen ein festes Anzeichen der Konstruktoren, genannt Petroleum-Monopol, hat hier vorwiegend schmerzliche Wehmuth erweckt. Denn hier hat die Mehrzahl der bereits den ganzen Handel an sich gebracht, indem sie alle kleineren Geschäfte erbrachte. Hier ist nicht mehr gegen sie zu vertheidigen. Abgesehen die Kämpfer in Sächsischland glücklich sein. Hier hat zeitweilig der Kampf am heftigsten gelobt. Die Mannheimer-Verein (Willy Post) und Nassau, (Jung u. Co.) griffen die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft in den unerhöflichsten Ausdrücken an. Nach einiger Zeit aber verständigten sie sich, so daß die Interessen der Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft eintraten und nun ist es etwelche Freundschaft und etwelche Kameradschaftlichkeit. Dann verließen die von der Standard-Oil-Kompagnie unabhängigen „Outsiders“ den Kampf mit Hilfe eines anderen Vertreters fortzuführen, der zugleich auch Agent für die Russen war. Auch damit ging es denselben Weg: die Konkurrenz ist ganz erloschen und angeblich durch Freundschaft ersetzt worden. Jetzt haben die amerikanischen „Outsiders“ in Hamburg noch eine Zantantage, in den Weserhäfen ist Alles erstorben. Die große wirtschaftliche Tragweite dieses Vorganges wird man vielleicht erst später ermessen.

Im Anschluß hieran geben wir die folgende Mittheilung der hiesigen Firma Alex. Jahn u. Co wieder:

„Es habe am 31. Oktober in Titusville (Amerika) ein Verkaufshaltiger Grundstücke zum Preise von 1.400.000 Dollar stattgefunden. Der Verkauf erstreckt sich auf den Bradford und Mc. Ken. Besitz der Devonian, Watson und Emery Oelgesellschaften. Die Grundstücke befinden sich in den sogenannten Demsey, Chipmunk u. Watsonville-Sumpfen. Der kombinierte Besitz der drei Gesellschaften belief sich auf 2000 Morgen theilweise entwickelten Territorium, worauf sich 400 bis 450 produzierende Quellen mit einer Gesamtproduktion von über 5000 Fass pro Tag befinden. Außerdem befinden sich darauf noch 20 im Bohren begriffene Quellen, von denen einige bald fertiggestellt sein werden. Durch diese Transaktion gehen die verschiedenen Grundstücke in den Besitz der South-West. Oil Company, eines Zweiges der Standard Oil-Co. über. Das ursprünglich in dem Besitz angelegte Geld soll sich im Laufe der Jahre bereits bezahlt gemacht haben und wäre demnach der Verkaufspreis von 1.400.000 Dollar ein Nettoverdienst für die früheren Besitzer. Die eifrige Entwicklung der veräußerten Grundstücke hat erst vor 3 Jahren ihren Anfang genommen. Der Verkauf wurde vielfach als das Ende des langen und erbitterten Kampfes der unabhängigen Produzenten gegen die Standard Oil Company angesehen. Die südwestliche Ausdehnung des Oil Fort Sumpfes hat jetzt sieben Quellen fertiggestellt mit einer Gesamtproduktion von 1590 Fass pro Tag oder durchschnittlich 265 Fass auf jede Quelle.“

Im Vereinsgeschäftsamt der bayerischen Abgeordneten-Kammer erklärte der Minister des Innern, ein neues Vereinsgesetz werde nicht zu machen sein, aber zu Änderungen sei er bereit. Nach der „Ausg. Abend-Zeitung“ erklärte er, die Regierung sei nicht abgeneigt, das Verbindungsverbot deutscher Vereine fallen zu lassen. Für den Verkehr mit ausländischen politischen Vereinen könnte eine Genehmigung der Regierung als nöthig erklärt werden. Ebenso sei die Regierung geneigt, bezüglich der Versammlungen an öffentlichen Plätzen sowie in Bezug auf Aufzüge in Städten und Ortschaften Erleichterungen einzutreten zu lassen. Auch solle die Streitfrage bezüglich der Theilnahme von Minderjährigen und Frauen an politischen Versammlungen zum Austrag gebracht werden. Die Regierung sei in dieser Frage noch zu keinem abschließenden Urtheil gelangt. Der Artikel 102 des Ausführungsgesetzes zur Strafprozessordnung soll auf Vereine nur in besonderen Fällen angewendet werden, aber eine Bestimmung, daß er auf Vereine keine Anwendung habe, sei nicht angezeigt. Wenn der Ausschuss sich mit einer partiellen Revision des Vereinsgesetzes in den angegebenen Punkten begnügen wolle, könne er (der Minister) auf die Vorlage eines bezüglichen Entwurfs hinwirken.

### Oesterreich-Ungarn.

Die parlamentarischen Zustände werden, dank der Regierungskunst des Stockpolsen Baden, immer unhaltbarer. Der Nationalitätenzwist, den die bekannten Sprachenverordnungen aufgewühlt haben, hat riesige Wellen geschlagen und das Parlament zu einem Schauplatz unerhörter Szenen gemacht. Zeitigten diese abnormen Verhältnisse doch u. A. die abnorme Redeleistung des Abg. Lecher von 12 Stunden. Es herrscht ein unbeschreiblicher Wirrwarr, der nachgerade an ein Tollhaus erinnert. Zur Illustration der Lage bringen wir eine Schilderung der jüngsten Vorgänge. Vom 23. d. Mts. lauten die Nachrichten:

Kurz vor Mitternacht ist es im Abgeordnetenhaus noch zu einem Riesenskandal gekommen. Der Präsident stellte nach Erlebigung der Nothstandsvorlage den Bericht des Budgetausschusses über das Ausgleichs-provisorium auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Darauf ging er willkürlich zu Ministeranklagen über. Aus dieser Veranlassung erhob sich dann links ein Entrüstungsturm. Die schärfsten Proteste wurden erhoben.

Abgeordneter Groß erklärte jede andere Tagesordnung für ungesetzlich, für eine offene Verfassungsverletzung, und alles, was auf solchem Wege beschlossen werde, für null und nichtig. (Beifallsturm auf der Linken.)

Abg. Kaiser erklärte, sich namens seiner Partei dem Proteste anzuschließen.

Der Sozialdemokrat Nieger that desgleichen. Er nannte das, was man soeben vernommen hatte, eine unerhörte „Frozzerei“ (Verhöhnung) des Parlaments.

Der Schönererer Wolf protestirte ebenfalls gegen die Vorgehen des Präsidenten. Es sei eine brutale Vergewaltigung. Er greift die Regierung und die Mehrheit auf das Heftigste an und erklärt, alles werde demolirt und in Stücke geschlagen, der Kampf werde auf Leben und Tod geführt werden. Für die Mittwochssitzung stellte er etwas in Aussicht, was das Parlament noch nicht erlebt habe.

Der Präsident entzog ihm hierauf das Wort. Die Abgeordneten Steinwender, Schücker und Mahreder erhoben darauf die schärfsten Proteste.

Trotzdem wurde die Berathung des Ausgleichs-provisorium für Mittwoch beschlossen.

Nach der am Mitternacht geschlossenen Sitzung kam es in den Wandelgängen zu einem Zusammenstoß zwischen einer Gruppe von Abgeordneten der Linken und einigen Christlich-Sozialen.

Und vom 24. d. Mts.:

Nach sechs namentlichen Abstimmungen beantragt der jungtschechische Abgeordnete Dyl, daß von den Sprachverordnungen eine Verlesung und dem stenographischen Protokoll beigedruckt werde. Als hierüber ohne Debatte abgestimmt werden soll, protestirt die Linke unter großem Lärm und bezeichnet den Antrag als eine Vergewaltigung und neue Gesetzwidrigkeit. Erregte Zwischenrufe und großer Lärm im ganzen Hause. Zahlreiche Abgeordnete eilen zum Präsidenten, wo sich ein heftiges Drängen und Stoßen entwickelt. Der Präsident unterbricht die Sitzung und verläßt den Saal. Während der Unterbrechung spielen sich unbeschreibliche Szenen ab. Der Abgeordnete Wolf nimmt die Glocke vom Tisch des Präsidiums und schwingt sie. Abgeordneter Potoczek erweist Wolf die Glocke. Stürmische Entrüstungsrufe auf beiden Seiten des Hauses. Wüthlich eilen zahlreiche jungtschechische und polnische Abgeordnete auf die Präsidenten zu, umringen Wolf und wollen ihn von der Tribüne herabstoßen. Von der anderen Seite drängen zahlreiche Abgeordnete der Linken dagegen. Wolf wird von Jungtschechen geschlagen, worauf sich auf der Tribüne ein Handgemenge entwickelt, welches länger als eine Viertelstunde dauert. Abgeordneter Schönerer ergreift einen Ministerstuhl und hält denselben in die Höhe, um ihn gegen die Gegner zu werfen. Abg. Hagenhofer ergreift Schönerer, welchem der Stuhl entrissen wird. Im ganzen Saale herrscht ein furchtbarer Lärm und große Erregung. Auf der Gallerie ertönen Pfuirufe; der Präsident erscheint schließlich wieder im Saale und nimmt die Sitzung wieder auf. Da aber der Lärm fortbauert, schließt er die Sitzung. Der Termin der nächsten Sitzung wird den Abgeordneten schriftlich mitgetheilt werden. Der Abgeordnete Pfersche, welcher in's Gedränge gerathen, zog das Taschmesser, welches ihm jedoch von seinen Parteigenossen entzogen wurde, ehe er es überhaupt geöffnet hatte.

In Abgeordnetentreifen spricht man von der augenblicklich bevorstehenden Verhaftung der Abgeordneten Schönerer, Wolf und Pfersche unter der Beschuldigung des Verbrechens öffentlicher Gewaltthätigkeit. — Zur Erklärung des Verhaltens des Abgeordneten Pfersche wird in Abgeordnetentreifen erzählt, der Pole Potoczek habe sich auf Pfersche gestürzt und ihn dermaßen gewürgt, daß er fast ohnmächtig wurde. In der Angst habe Pfersche sein Federmesser gezogen und nach Potoczek gestochen.

Nach der Darstellung der „Wiener Allgemeinen Ztg.“ wäre der Abgeordnete Wolf während der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Boden gerissen, beim Hart und bei den Haaren gezerrt und mit Fäusten bearbeitet worden. Auch der Abgeordnete Pfersche wäre thatsächlich mit Faustschlägen mißhandelt worden. Ähnlich schildert die Vorgänge eine vom „Neuen Wiener Tagblatt“ herausgegebene Extraausgabe, welche anführt, daß zwischen den Abgeordneten Hagenhofer und Schönerer ebenfalls Faustschläge getauscht wurden. Der Abgeordnete Graf Better hätte ein Wasserglas auf die Kämpfenden ausgeschüttet. Die Minister hätten sich vor dem Beginn der Kämpfe entfernt, nur der Eisenbahnminister v. Guttenberg wäre im Saale zurückgeblieben.

Graf Goluchowski über die auswärtigen Angelegenheiten. Eine beachtenswerthe Rede hielt der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Goluchowski, im Budgetausschusse der ungarischen Delegation. Er betonte die Festigkeit des Dreihundes, die guten Beziehungen zu Rußland, die Thatsache, daß Oesterreich-Ungarn und Frankreich keine widersprechenden Interessen hatten, daß trotz kleiner Differenzen mit England die Beziehungen zwischen beiden Staaten gleiche seien, mit besonderer Wärme behandelte er das Verhältniß zu Rumänien, fühlbar das zu den anderen kleinen Staaten auf der Balkanhalbinsel. In seinem Rückblick über die kretensische Frage und das Verhalten der Mächte zu dem griechisch-türkischen Konflikt betonte er besonders die europäische Aktion zur Verhütung des Weitergreifens der kriegerischen Ereignisse auf die übrigen Balkanländer und konstatarie hierbei, daß alle Mächte in höchst loyaler Weise das ihrige zur Hintanhaltung gewisser Komplikationen beigetragen haben. Ferner erwähnte er rühmend die Einigkeit zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung. Zu der Frage der Neuordnung der Verhältnisse auf Kreta theilte der Minister mit, daß die

Mächte die Regelung nunmehr in Angriff genommen haben, daß aber die Verhandlungen noch in einem Stadium seien, das ihm Reserve auferlege. Das Ziel sei weitgehende Autonomie unter Wahrung der Souveränitätsrechte des Sultans und Garantien für den Schutz der mohamedanischen Minorität. Diese schwierige Aufgabe dürfte Zeit erfordern, schließlich aber dürften die Mächte die Hindernisse überwinden, wie auf anderen Gebieten. Zu den türkischen Reformen übergehend, sagte Graf Goluchowski:

Wenngleich die sogenannten Reformen, welche das lebhafteste Interesse der europäischen Mächte wecken, bisher aus verschiedenen Gründen noch nicht praktische Ausführung finden konnten, so habe doch der bloße Anstand, daß die Kabinette dieser Frage ernste Aufmerksamkeit zuwenden, dazu beigetragen, die öffentliche Meinung zu beruhigen und auch die Türkei einzuwirken zur Befähigung zu bringen. Es wäre im eigenen Interesse der Türkei zu wünschen, daß der Sultan, der während der Friedensverhandlungen manche Beweise von Mäßigung und politischer Einsicht gegeben, nunmehr selbst die Initiative zu radikalen Verbesserungen ergreife. Europa müsse darauf bestehen, von der ständigen, ihm durch Mißbräuche im ottomanischen Reiche bereiteten Sorge befreit zu werden. Dabei sei nicht von Reformen im westeuropäischen Sinne die Rede, die mangels entsprechender Kräfte undurchführbar wären, sondern es handle sich um die Schaffung erträglicher, menschlicher Zustände, welche die Sicherheit der Person und des Eigentums verbürgen, und das Siegel der Macht des Sultans. Seine Stellung und sein Ansehen könnten dadurch nur gewinnen; nur gewissenlose Rathgeber wären im Stande, ihn von einem solchen Entschlusse abzubringen.

Der Minister schloß seine Expose mit der Aeußerung, daß Europa allem Anscheine nach in seinem Entwicklungsprozesse an einen Wendepunkt gelangt sei, der nachhaltige Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen müsse.

Die großen, immer gebieterischer sich aufdrängenden Probleme der materiellen Wohlfahrt liegen nicht mehr in utopischer Ferne, sie sind thatsächlich vorhanden und dürfen nicht übersehen werden. Der vernichtende Konkurrenzkampf, den wir auf Schritt und Tritt auf allen Gebieten mit überseelischen Ländern theils schon haben, theils allmählich gewärtigen müssen, erschließt sich durch greifende Gegenwehr, sollen nicht die Völker Europas in ihren vitalsten Interessen die empfindlichste Schädigung erfahren und dem allmählichen Siechtume entgegengehen. Schulter an Schulter müssen sie kämpfen gegen die gemeinschaftliche Gefahr, und zu diesem Kampfe müssen sie sich rüsten mit dem Aufgebote aller verfügbaren Hilfsquellen. Groß und schwer ist die Aufgabe, die ihr charakteristisches Merkmal, wenn nicht alle Anzeichen tragen, der nächsten Beizepoche ausdrücken dürfte. Das 20. Jahrhundert sagt sich für Europa als ein Jahrhundert des Ringens um's Dasein auf handelspolitischen Gebieten an, bereit sollten sich dessen Völker zusammenfinden, um in der Verkettung ihrer Existenzbedingungen erfolgreich wirken zu können.

Wäge die Erkenntnis davon allgemein durchdringen und uns verjüngen sein, die Zeiten friedlicher Entwicklung, denen wir nunmehr vertrauensvoll entgegenblicken, zu beugen, um unsere besten Kräfte zu sammeln und vornehmlich diesem Ziele zuzuwenden.“

Was der Minister über die Beziehungen zu den europäischen Staaten sagte, ist die bekannte optimistische Darlegung, die sich in fast allen Thronreden und Exposes der Minister der auswärtigen Angelegenheiten findet; bloß die Abstufungen, wie die einzelnen Staaten im Grade der Intimität zu Oesterreich-Ungarn gruppiert werden, kann als charakteristisch anerkannt werden. Die Ausführungen über die Vorgänge im Orient bieten absolut nichts Neues. Bloß die energische Betonung der Nothwendigkeit von Reformen in der Türkei könnte beachtenswerth erscheinen, wenn man nicht seit 75 Jahren immer wieder in allen Tonarten das gleiche gehört hätte. Der Ton klang diesmal wohl nur deshalb etwas schärfer als sonst, weil die Türkei es eben zu einem kleinen Konflikt mit Oesterreich-Ungarn hatte kommen lassen.

Weit bedeutungsvoller als die allgemein politischen Ausführungen des Grafen Goluchowski sind seine Schlussfolgerungen, die nichts weniger bedeuten als eine handelspolitische Kriegserklärung der zollpolitisch zu vereinigen Staaten Europas gegen die bestehende landwirtschaftliche Konkurrenz Amerikas und die drohende industrielle Konkurrenz nicht bloß Amerikas, sondern auch Ostasiens.

Der Gedanke, vielfach von Nationalökonom und Politiker bisher erörtert, wird hier zum ersten Mal offen als Regierungsprogramm proklamirt.

Graf Goluchowski kann eine so scharfe und weittragende Erklärung nicht abgegeben haben, ohne daß mit den Kabinetten der europäischen Handelsmächte über die Stellung zu der nordamerikanischen Union weitgehende Vorverhandlungen gepflogen wurden. Der Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns hat als Mandatar der europäischen Regierungen gesprochen. Seine Rede wird in der nächsten Zeit der Mittelpunkt der politischen Diskussion in Europa und in Amerika, in der Presse und in den Parlamenten bilden müssen. Die Thronreden, mit denen am 30. d. Mts. der deutsche Reichstag und das italienische Parlament eröffnet werden, müssen zu der Frage des europäischen Zollkrieges gegen Amerika Stellung nehmen.

Wir begnügen uns heute, die große Bedeutung dieser ungewöhnlichen Ankündigung festzustellen. Im Einzelnen muß die Würdigung derselben vorbehalten bleiben.

### Über die Nachbargebiete.

26. November.

Tanganika-Dampfer sind der Gegenstand der kritischen Sehnsucht Lübecker Kolonialenthusiasten. Das Reich soll Mittel zur Ueberführung des Dampfers „Helene v. Wischmann“ nach dem Tanganikasee gewähren. Mögen die Herren doch in die eigene statt in die Reichstafel greifen! Aber da liegt der Hase im Pfeffer! Die in

ganze Deutschland, auch in Lübeck zu genanntem Zweck veranstalteten Sammlungen haben nur eine kleinere Hälfte der erforderlichen Gelder erbracht. Natürlich! Das Nehmen aus den Taschen der Steuerzahler ist selbiger als das fatale Geben aus dem eigenen Geldsack! Der Reichstag wird hoffentlich die Herren die eingebrochene Kolonialsuppe selber essen lassen. Da wird man sehen, ob Jemand fett dabei werden kann. Das Prokraxen an Ort und Stelle geht jedenfalls über das bequeme Studiren in den Kolonialgesellschaften.

Das Schwurgericht verhandelte gestern gegen den Steuerfasser Sahlmann wegen Unterschlagung und Unterschlagung im Amte. Er hat 246 30 Mark, welche ihm von Privatpersonen zur Ablieferung anvertraut waren, — also ein Gefälligkeitsdienst — für sich verbraucht, und ferner 607,91 Mark, welche er als Vollzugsbeamter beigetragen hatte, gleichfalls in seinem Interesse verwendet. Der Angeklagte war geständig. Die Geschworenen bejahten die Sachfrage, billigten eher auch mildernde Umstände, vielleicht durch die Thatfache veranlaßt, daß S. nur 1400 Mark Gehalt und früher gar nur 1200 und 1000 Mark bezog. Das Gericht erkannte anteagsgemäß auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung wegen Fluchtverdachts. S. hat die Strafe sofort angetreten. — Wegen versuchter Nothzucht wurde weiter in nichtöffentlicher Sitzung der Arbeiter Wettering zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verhandelt. — Endlich stand unter der Anklage des versuchten Straßensraubes der oft bestrafte Arbeiter Haff. Er hat am 21. Oktober auf offener Landstraße einen Zimmerlehrer überfallen, ihn mißhandelt und versucht, ihm die Uhr zu entreißen. Antragsgemäß wurde der nichtgeständige Angeklagte zu 4 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

**Testamentsöffnung.** In der Sitzung des Amtsgerichts am Montag, den 29. November 1897, Vormittags 10 1/2 Uhr (Zimmer Nr. 7), wird eröffnet werden: das gegenseitige Testament des hieselbst am 17. Juni 1896 verstorbenen Wärtners August Johann Heinrich Oldenburg und seiner Ehefrau Catharina Maria Friederica geb. Oldenburg.

**Straßensperre.** Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird die Straße der Engelwisch, von der Altheide bis zur großen Altenfähre, vom Montag, den 29. d. Mts. ab bis zur Fertigstellung für den Wagenverkehr gesperrt.

**„Freiwilliger Jugendzieher“.** Ein Menschenkauf stand Donnerstag Abend in der oberen Johannisstraße dadurch, daß ein Kaufmann aus uns unbekanntem Grunde einen Knaben von der Straße in seine hinter dem Laden befindliche Privatwohnung zerzte. Durch Dazwischentreten Erwachsener ward jedoch eine anscheinend beabsichtigte Züchtigung vereitelt. — Wir machen Eltern, deren Kinder durch fremde Hand „erzogen“ werden, darauf aufmerksam, daß sie gegen unbefugte „Jugendzieher“ gerichtlich vorgehen können.

**Vom Tage.** Untersuchung ist eingeleitet gegen zwei mit dem Fischtransport vom Bahnhof nach der Markthalle betraute Arbeiter, welche beschuldigt werden, Fischbehälter beraubt und mit den entwendeten Fischen Handel getrieben zu haben.

Die Reichstagsersatzwahl im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis hat nun doch mit einem Siege des konservativ-agrarischen Kartellkandidaten geendet. Es erhielten nach den neuesten Meldungen von Tungen 8176, Hoeck (Fr. Vgg.), 1396, Schmidt (Fr. Vp.) 1768, Damacke (nat. sog.) 2146, Weinheber (Soz.) 2698 Stimmen. v. Tungen erscheint somit als gewählt. Es fehlt nur noch das Ergebnis aus einer Drtschaft. — Diese Wahl hat so eigenartige Erscheinungen gezeitigt und — nicht zum wenigsten auch für unsere Partei — so eindringliche Lehren erteilt, daß man sie als eine wahre Fundgrube für den theoretischen wie für den praktischen Politiker bezeichnen kann. Aus den Einzelergebnissen seien wie die aus folgenden Dörfern hervorgehoben, welche ein erfreuliches Resultat für unsere Partei ergeben:

	v. Tungen	Hoeck	Schmidt	Damacke	Weinheber
Ferboel	17	1	1	1	14
Mühlshaus	17	1	1	2	22
Sahlten	5	3	8	2	23

Durch das Endergebnis sind uns die Wägen einer nach menschlicher Voraussetzung völlig ausichtslosen Stichwahl erspart worden. Der „große Redner“ von Tungen zieht in den Reichstag ein als Ervähler des „Volkes“.

**Hamburg.** Der erste deutsche Seemannskongress ist den Feinden der Arbeiterorganisationen ein Greuel. Daß die Seelente anfangen, sich als Mensch zu fühlen und von den Rechten Gebrauch zu machen, die dem Staatsbürger gegeben sind, finden die Diener des Kapitalismus unbegreiflich. Schon der Umstand, daß Seelente sich organisieren, um gemeinsam für ihre Interessen zu wirken, reicht für die Unterdrücker und Ausbeuter aus, jezt die Entrechtung der Seelente zu fordern. Die in Seemannsdienssten stehende „Deutsche Volkswirtschaftl. Korresp.“ plaudert für die Entrechtung der Seelente. Das hiesige Vizemagazin druckt den Artikel mit Behagen ab, dessen Schlusssatz wie folgt lautet:

„Wozu sich falschen Illusionen hingeben? Durch die Gründung des Seemannsverbandes in Deutschland mit dem Verbandzweck im Schlepptau und durch den von den Geschäftssozialisten listig eingefügten dritten Absatz von § 4 des Statuts („Nichtfachleute kann der Beitritt gestattet werden, sofern sie in der Arbeiterbewegung agitatorisch thätig gewesen sind“) ist der ziellosen sozialdemokratischen Agitation unter den Matrosen Thür und Thor geöffnet. Zwischen Gewerkschaft und Internationale schiebet man die Seelente fest an die sozialrevolutionäre Partei. Was ist dagegen zu thun? Es giebt 2 Wgr. Entweder es muß auf gesetzlichem Wege dafür gesorgt werden, daß nach dem Vorschlag von Professor Voening das unbegrenzte Koalitionsrecht vor den Seelenten Halt macht, oder — und dieser Weg scheint uns der gangbarere — Heber und Schiffsmakler sorgen ihrerseits für eine feste Organisation, welche vermittels zweckentsprechender Arbeitsnachweise (Hauptbureau) die schlechten Elemente ihrer Leute auszusieben und jeden Versuch, die Disziplin auf den Schiffen zu lockern, unanschuldigt zu ahnden vermag.“

Also weg mit dem Koalitionsrecht für Seelente. Entweder durch eine Ausnahmegesetzgebung oder durch die brutale Gewalt des Kapitals. Die Heber und Schiffsmakler sollen von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen, um jeden Seemann dem Hungertode zu überliefern, der an die Gleichberechtigung aller Staatsbürger glaubt. Die Gründung des Heberbureau aus der Heber wurde von den Seelenten mit Freuden begrüßt, weil sie glaubten, daß dadurch die „Landhaie“ in ihrer Verderben bringenden Thätigkeit eingeschränkt werden. Wenn nun aber Kapitalistenblätter sagen, die Institution ist weniger zur Förderung des Wohles der Seelente gegründet, als zu dem Zweck, damit die Unternehmer ein Sich haben, die Seelente, welche sich nicht zum willenlosen Werkzeug herabwürdigigen lassen, herauszusieben und sie dem Elend preiszugeben, dann muß man sich nicht wundern, wenn dieses Bureau bald in Verfall kommt. Schon jetzt klagen die Kapitäne, daß oft die besten Kräfte im Auslande davon laufen, weil auf englischen Schiffen besser bezahlt werden. Kommt nun noch hinzu, daß dem deutschen Seemann das Koalitionsrecht geraubt wird, wie wird er da den Druck empfinden, wenn er mit seinen ausländischen Kameraden zusammentrifft. Wenn das Heberbureau fleißig schiebt, dann dürfte bald der Zeitpunkt eintreten, wo die besten Arbeitskräfte sich dieser Sieberei entziehen. Ob das im Interesse der deutschen Schiffsahrt liegt, mögen die Kapitalistenblätter selbst entscheiden.

**Altona.** Schwer bestrafte Zuhälter. Ein Mädchen, das im Herkloßgang wohnte, hatte vor längerer Zeit einen Freier aus den „Großen Bierhallen“ mit nach Hause gelooft. Als der Mann sich zu Bett begeben

hatte, erschien der Zuhälter des Mädchens auf dem Plan und stahl ihm 10 Mk. aus der Hosentasche. Der Bestohlene forderte sein Geld energisch zurück, bekam es aber nicht, sondern wurde von dem Zuhälter in der schwersten Weise mißhandelt. Auf erfolgte Anzeige glückte es bald der Polizei, den gefährlichen Zuhälter in der Person eines angeblichen Arbeiters Hettlinger zu ermitteln und dingfest zu machen. Auch das Mädchen wurde verhaftet. Es sagte aus, daß es seinen Zuhälter ernähren mußte und vielfach von ihm geprügelt worden sei, wenn es ihm nicht Geld genug angeschafft habe. Hierauf wurde Hettlinger wegen Kuppelei, wegen Diebstahls und Mißhandlung angeklagt und gestern wurde vor dem Landgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen ihn verhandelt. Er wurde schuldig befunden und zu 5 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. — Die gleiche Strafe traf den vielfach wegen Gewaltthätigkeiten vorbestraften „Arbeiter“ Hinrichsen. Derselbe war längere Zeit hindurch Zuhälter bei verschiedenen Frauenpersonen, gewährte denselben Gelegenheiten zur Anzucht und ließ sich von ihnen ernähren. Auch er mißhandelte seine Ernährerinnen, wenn sie ihm nicht Geld genug einhändigten. Die Anklage gegen ihn lautete auf Kuppelei und wiederholte Körperverletzung; die Verhandlung wurde ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

**Itzehoe.** Vor der betagten Strafkammer wurde verhandelt gegen den hiesigen Großschlachtermeister Glanzer, angeklagt der versuchten Verleitung zum Meineid. Die Verhandlungen führten dahin, daß die Strafkammer gegen den Angeklagten auf zweiwährige Zuchthausstrafe und Ehrverlust auf fünf Jahre erkannte. Die Angelegenheit bildete hier seit Wochen das Tagesgespräch.

**Gerensbüde.** Eine verheerende Feuerbrunst hat Nacht in der Landschaft Schwanten gewüthet. Es brannte ein dem Herzog Friedrich Ferdinand gehöriger, im Dorfe Schuby, Kirchspiel Rarby, gelegener größerer Landbesitz bis auf den Grund nieder. Der Pächter dieses Besitzes, Johann Daniel, wurde erst aus dem Schlafe erweckt, als die große Schanze in hellen Flammen stand. Die ganze diesjährige Ernte und der große Viehstapel des Herrn Daniel, bestehend aus 4 Pferden, 12 Kühen, fünf Stück Jungvieh und einer Anzahl Schweinen und Hühnern, kam in den Flammen um.

**Stadthheater.** Goethe's „Faust“, 1. Theil, geht morgen Sonnabend als vollständige Vorstellung bei halben Preisen (Barquet 1 Mk. 20) in Szene. Als „Faust“ gastirt Herr Costa-Jessen vom Berliner Theater in Berlin. Unsere Schüler setzen namentlich auf diese Vorstellung aufmerksam gemacht. Sonntag finden wiederum zwei Vorstellungen statt. Nachmittags 4 1/2 Uhr als Fremden-Vorstellung bei halben Preisen: Der dramatische Schwan „Charles's Tante“. Abends 7 Uhr geht außer Abonnement H. Wagner's „Das Rheingold“ in Szene, was sehr vielen, die an den Wochentagen verghindert sind, zu so früher Abendstunde das Theater zu besuchen, sehr erwünscht sein dürfte. Die nächste Aufführung des mit so großem Beifall aufgenommenen Schalewarschen „Somernachts Traum“ mit der Mendelssohn-Warthold'schen Musik findet Montag, den 29. November statt.

**Briefkasten.**

Kartellkommission. Dienstag 8 Uhr.  
Frauen: Kommen.

**Steruchanz-Viehmarkt.**

Hamburg, 25. November.  
Der Schweinhandel verlief gut.  
Zehner 1000, 1030, 1040; Vierhandtschweine schwere 58-60 Mk., 57-59 1/2; leichte 50-55 Mk. und Feil 55-58 Mk. pr. 100 Stk.

**See-Berichte.**

- D. „Mathilde Jäde“, Capt. Schmidt, ist am 25. November von Sundsvall nach Heringsand weitergedampft.
- D. „Ludwig“, Capt. V. Förster, ist am 25. November von Neufahrwasser nach Rewcastle abgedampft.
- D. „Elbe“, Capt. Krellenberg, hat am 24. November Hottenau passiert.
- D. „Stadt Lübeck“, Capt. Krause, ist am 24. November von Memel nach hier abgegangen.
- D. „Fris“, Capt. Schwarz, ist am 23. November in Rotterdam angekommen.
- D. „Jafou“, Capt. Cassen, ist am 25. November bergwärts gefahren.
- D. „Burg“, Capt. Thiel, ist am 25. November von Pillau nach hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Georg Ruffer zum Geburtstage die besten Glückwünsche!  
W. S.

Zu vermieten zum 1. Januar eine leere Stube. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Zu vermieten ein freundl. Logis Margarethenstraße 1a.

Eine Wittwe sucht Beschäftigung im Waschen, Reinmachen und zur Ausbülfe. Belzerstraße 15.

Zugeflogen eine Taube mit Nummer. Dasselbe eine Schneider-Nähmaschine billig zu verkaufen. Belzerstraße 32a, 2. Et.

Befunden ein Portemonaie m. Inhalt in der Dornestraße. Abzuholen Bräderstraße 5, 1. Et.

H. Margarine, Pfd. 50 u. 65 Pfg. empfiehlt Fromm's, Mühlstraße 81.

**Ludwig Behncke,**

- Mühlstraße 27.
- Kohlwurst, Pfd. 58 Pfg.
- Gek. Mettwurst, Pfd. 58 Pfg.
- Preßkopf, Pfd. 58 Pfg.
- Margarine, Pfd. 50 u. 60 Pfg.
- Holsteiner Käse, Pfd. 30 Pfg.
- Gilsterkäse, Pfd. 50, 60 u. 80 Pfg.



Zur Schlachtzeit  
empfehle: Rinderbärme, Gerstengrütze, sämmtlich Gewürze, Essig etc. zu billigsten Preisen.  
August Vietig, Fischergarbe 45. Fernsprecher 582.

Miethe-Quittungs-Formulare sind zu haben in der Expedition des Lübecker Volksboten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
Täglich frische Brodwurst und Kopffleisch empfiehlt  
Aug. Scheere, Holstenstr. 27.  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

M. Lahrtz, Böttcherstraße, empfiehlt  
Flohenschmalz 60 Pfg., Bratenschmalz 40 Pfg., Ochsentalg, roh und ausgelassen, 40 Pfg., Kopffleisch 30 Pfg., Preßwurst 60 Pfg., Rothwurst 50 Pfg., Leberwurst und Brodwurst v. Stück 10 Pfg., Schwarzfäuter und Schweineblut, täglich frisch, Karbonade 70 Pfg., sowie alle sonstigen Fleisch- u. Wurstwaren, gut u. billigst.  
Margarine, Pfd. 50, 55 u. 60 Pfg.  
Neue Flohberinge  
Verschiedene Sorten Käse  
F. Höppner, Königstr. 68 b. d. Hühnerstraße.

Heute:  
frische Grütz- und Brodwurst.  
Heinr. Schmidt, obere Fleischhauerstr. 11.

Täglich:  
Prima frische Grütz- u. Brodwurst  
Prima frisches Kopffleisch  
empfeht  
Carl Schröder  
obere Hühnerstraße 6.



## Duft und Reif.

Im Herbst verflüchtigt das Land  
Und durch die grauen Nebel bricht  
Ein blauer Strahl von Waldesrand,  
Den Mound doch selber sieht man nicht.

Doch schau! Der Reif wird Blüthenstaub,  
Ein Vorberahn der Tannenwald,  
Das salbe, halbverstorbe Laub  
Wie bunte Blumenwagen waagt!

Ist es ein Trugbild, das mir lacht?  
Ist's Frühlingstraum vom neuen Jahr?  
Die Freiheit wandelt durch die Nacht  
Mit waltend aufgelbtem Haar!

Und wandelt's späht sie rings und lauscht,  
Die bleiche, hohe Kriegerin,  
Und ihre Purpurschleppe raucht  
Leis über dunkle Gräber hin.

Sie hat gar eine reiche Saat  
Verborgen in der Erde Schooß;  
Sie forcht, ob die und jene Saat  
Nicht schon in grüne Halme sproßt.

Sie bricht ein Schwert an ihre Brust,  
Das blüht im weichen Dämmerlicht;  
Sie bricht in wehmüthvoller Lust  
Manch' blutiges Vergißmeinnicht.

Es ist auf Erden keine Stadt,  
Es ist kein Dorf, das stille Gut  
Nicht einen alten Kirchhof hat,  
Darin ein Freiheits-Märtyrer ruht.

Wolffried Keller.

## Aktions-Programm der Sozialdemokratie Hamburgs.

Die vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs haben in Rücksicht auf die kommenden Wählerwahl eine Kommission den Auftrag erteilt, den Entwurf zu einem Aktionsprogramm der Sozialdemokratie Hamburgs auszuarbeiten. In einer Reihe von Sitzungen hat die Kommission sich mit der Sache beschäftigt und das Resultat ihrer Arbeit ist der nachstehende Entwurf, welcher bereits die Zustimmung der vereinigten Vorstände gefunden hat.

Ein kombinirte Mitglieder-Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs wird am Donnerstag den 2. Dezember in Lütke's Stablisement stattfinden, als deren Tagesordnung die Besprechung und Beschlußfassung über das Aktionsprogramm in Aussicht genommen ist.

Wir theilen den in mancher Beziehung interessanten und beachtenswerthen Entwurf vollinhaltlich mit. Derselbe lautet:

Die Sozialdemokratie Hamburgs steht auf dem Boden des allgemeinen Parteiprogramms der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln (Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel) in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene

Produktion als Grundlage einer neuen, gerechteren Gesellschaftsordnung fordert.

Konsequenz dieser grundlegenden Forderung ist, daß die Sozialdemokratie, so lange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, entsprechend dem zweiten Theile des Parteiprogramms, überall, wo sich dazu Gelegenheit bietet, für die Demokratisierung des Staates, die Befreiung der Unterdrückten, den Schutz der Schwachen, die soziale Besserstellung der Arbeiter und die gerechtere Verteilung der Staatslasten einzutreten hat.

In Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Hamburgs und die staatlichen und kommunalen Bedürfnisse unseres Gemeinwesens stellt deshalb die Sozialdemokratie Hamburgs folgende Forderungen:

1) Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht (aktiv und passiv) zur Bürgerschaft für alle großjährigen Staatsangehörigen.

Beseitigung der Grundeigentümer- und Notabelvertretung und Wahl der gesamten Bürgerschaftsmitglieder aus allgemeinen Wahlen in obigem Sinne.

Einführung eines Proportionalwahlsystems.

Vornahme der Wahlen an einem Sonntag oder gesetzlichen Ruhetag.

Halbjährliche Erneuerung der Bürgerschaft nach je zwei Jahren, bei vierjähriger Dauer des Mandats.

Unbeschränktes Petitionsrecht an die Bürgerschaft; Pflicht der letzteren, die Petitionen zu prüfen.

2) Aufhebung der Lebenslanglichkeit des Senatorenamts. Wahl des Senats durch die Bürgerschaft, ohne jede direkte oder indirekte Mitwirkung des Senats und ohne Beschränkung auf bestimmte Berufsgruppen. Zulässigkeit der Wiederwahl abtretender Senatoren.

Unzulässigkeit nebenberuflicher Erwerbsthätigkeit der Senatoren.

Zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Senatoren für Schäden und Nachtheile, welche durch ihre Amtsführung entstehen.

Recht der Bürgerschaft, Senatoren, welche durch ihre Amtsführung die Verfassung oder die Geseze verletzen, ihres Amtes zu entsetzen.

Offizielle Vertretung des Senats in jeder Bürgerschaftssitzung.

3) Direkte Anteilnahme der Bevölkerung an der Gesetzgebung durch Ausübung des Vorschlags- und Verwerfungrechts.

Gesetzesvorschläge, welche von mindestens einem Beauftragten der stimmfähigen Staatsangehörigen beantragt werden, sind nach Vorberatung in der Bürgerschaft zur Volksabstimmung zu bringen.

Auf Antrag eines Beauftragten der stimmfähigen Staatsangehörigen sind auch von Senat und Bürgerschaft beschlossene Geseze der Volksabstimmung zu unterwerfen.

Ist zwischen Senat und Bürgerschaft über Gesezevorlagen oder sonst zu treffende Maßnahmen eine Einigung nicht zu erzielen, so entscheidet die Volksabstimmung, ohne daß es eines besonderen Antrages bedarf.

4) Unbeschränktes Vereins- und Versammlungsgesetz.

5) Fortführung der progressiven Steigerung der Einkommensteuer in den höheren Einkommenklassen.

Einführung einer progressiven Vermögenssteuer. Stufenweise Steigerung der Erbschaftsteuer nicht nur nach dem Grade der Verwandtschaft, sondern auch nach dem Umfange des Erbgesetzes.

6) Schaffung eines einheitlichen Schulorganismus. Allgemeine Volksschule mit obligatorischem Besuch der Unterklassen für sämtliche Kinder. Organische Angliederung der höheren und Fachschulen an die Volksschule.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter unbemittelter Schüler und Schülerinnen.

Verminderung der Schülerzahl in den Volksschulklassen.

Errichtung von Schulkantinen.

Einführung von Schulärzten.

Errichtung von Schulbädern, sowie Wärme- und Spielhallen in den Schulen.

Ausscheidung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan.

In die Tageszeit zu verlegenden obligatorischer Fortbildungunterricht bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre.

7) Uebernahme der Verkehrsanstalten (Straßenbahnen, Hafenfähren, Alsterfähren etc.) und ähnlicher, dem öffentlichen Interesse dienenden Einrichtungen, wie z. B. Freihaufelager, Versorgung mit Elektrizität etc., durch den Staat.

Ausbau und Instandhaltung der im öffentlichen Interesse notwendigen Wege und Wasserläufe seitens des Staates.

Errichtung städtischer Markthallen.

Vermehrung der öffentlichen Badeanstalten und Spielplätze.

8) Erhaltung und mögliche Vermehrung des staatlichen Grundbesitzes.

Unbeschränktes Expropriationsrecht des Staates.

9) Erlass eines Wohnungspflegegesetzes und strenge Durchführung desselben. Verbesserung des Baupolizeigesetzes. Staatsseitige Beseitigung gesundheitschädlicher Wohnungen und Anlagen auf dem Wege der Expropriation.

Staatsseitige Erbauung geeigneter Wohnungen zur miethweisen Ueberlassung an Arbeiter und Unterbeamte.

10) Errichtung eines Arbeitsamtes zur Vertretung der Arbeiterinteressen, zur statistischen Feststellung der Arbeitsverhältnisse und zur Ueberwachung der gewerblichen Betriebe in Gemeinschaft mit der Gewerbeinspektion.

Errichtung eines kollegialen Seemannsamtes nach Art der Gewerbegerichte.

Ausdehnung der Befugnisse der Gewerbeinspektion und Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren.

Errichtung staatlicher Arbeitsnachweise und Gewerbebureaus für Seeleute, unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeiter.

11) Festsetzung eines Maximalarbeitstages von acht Stunden und eines Minimallohnes von mindestens der Höhe, wie er durch die Gewerkschaften festgesetzt ist, für alle Arbeiter in Staatsbetrieben.

Schaffung von Arbeiterausschüssen für die Staats-

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(54. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Sie bewohnte mit ihrem Manne zwei Stübchen des Erdgeschosses, darin glänzte es von Sauberkeit und Alles war symmetrisch geordnet; da durfte kein Stühlchen oder Näpchen nur um eine Linie anders gerückt werden, als es sich gehörte. Sie pflegte in diesem Heiligthum mit Handschuhen umherzugehen, weil sie immer säuberte, putzte und wuschte.

Ihr Leben war indeß nicht immer so glatt und polirt gewesen, sie hatte Harte's erduldet. Ihr Mann, den sie sehr liebte, hatte als politisch Kompromittirter eine lange Gefängnißhaft durchzumachen; sein blühendes Geschäft ging zu Grunde, und als er herauskam, wurde er ausgewiesen. Sie hatte den Gefangenen getrostet, nun folgte sie ihm in die Verbannung. Glücklicherweise durfte sie all ihre Säckelchen mitnehmen; das milderte ihre Schrecken. Bald fand sie, daß Zürich kein allzu übler Ort sei, denn es war daselbst Alles nett und rein.

Die Bestrebungen der Partei erregten ihr nicht das Blut, aber die revolutionären Schlagworte waren ihr wohl geläufig und sie benutzte sie in naiver Unbekümmertheit, ohne auch nur mit den schönen, langen Wimpern zu zucken. Unter den Revolutionären machte sie scharfe, persönliche Unterschiede. Sie sympathisirte nur mit den „Besseren“, die was auf sich hielten. Diese bemutterte sie und hielt auch ihre Wäsche in Ordnung. Vor Denjenigen, die nicht so viel Rücksicht hatten, ihre Stiefel zu putzen, ehe sie bei ihr eintraten, warnte sie ihren Mann auf das Dringlichste, leider ohne Erfolg.

Sie wurde gewöhnlich „die Tante“ genannt, obwohl sie's nicht gerne hörte; aber ihr Mann hatte in Zürich den Namen gewechselt, und da die alten Genossen, die

ihn besuchten, nicht seinen alten kannten, so hieß er also kurzweg „der Onkel“ oder der „rothe Postmeister“.

Er trat soeben herein. Er wollte sich überzeugen, ob genügende Hilfskräfte vorhanden seien und die Adressen geschrieben würden.

Er war ein zartgebauter, magerer Mann, wenig über die Dreißig, mit schwarzem Haar und gelblicher Haut, die etwas Pergamentartiges hatte. Er besaß kaum Mittelgröße, die scharfblickenden Augen und ein starker Schnurrbart, der in einer langen Spitze lähn nach aufwärts gedreht war, gab indeß seinem hageren Gesichte einen martialischen Zug.

Seine lange Gefängnißhaft hatte seine Gesundheit angegriffen, aber seinen Willen hatte sie ihm gelassen, wie seine Schruhen. In Parteisachen von strenger Disziplin, zeigte er sich oft starrköpfig im persönlichen Verkehr, und wenn da nicht geschah, was er wollte, nahm er eine leidende Miene an und sprach von Unterdrückung.

Ging ihm Alles nach Wunsch, dann war er der Sozialisten Einer, der sich auf seine Schneidigkeit etwas zu Gute that.

Man lachte über seine Ausfälle, die Niemand wehe thaten, denn er war eine edle, grundgütige Natur.

Was diesen rothen Postmeister aber vor Allem auszeichnete, das war sein Muth und ein schier unerschöpflicher Reichtum an Phantasie, der ihn immer neue, bisher nie angewendete Schliche und Wege erfinden ließ, um das in Deutschland verbotene Parteiorgan daselbst einzuschwärzen. Mitunter nahm seine Phantasie einen gar lähnen Flug. So plante er einen unterirdischen Tunnel unter der Grenze — begnügte sich aber einstweilen mit einfacheren Mitteln, seinen „Sozialdemokrat“ hinüber zu befördern.

Diese Sendungen waren offenkundig. Die deutsche Polizei wußte ganz genau, daß allwöchentlich einige Ballen „Sozialdemokrat“ über die Grenze gebracht

wurden, und doch gelang es ihr nur ausnahmsweise, sie abzufassen und zu konfiszieren.

Sobald er eine Sendung abgelassen hatte, versiel der rothe Postmeister, der eine Art Feldpostdienst organisiert hatte, in eine gallige, nervöse Unruhe, aber sobald er die Meldung erhielt, daß das Manöver gelungen sei, fühlte er sich wieder leicht und elastisch und seine Brust hob sich höher, in dem unsäglichen Triumph, seinen Aufpassern wieder einmal ein Schnippchen geschlagen zu haben.

Seine Frau aber schlug die schönen Augen gen Himmel, und sagte in ihrer pflegmatischen Art: „Gott sei Dank, daß sie draußen sind, jetzt wird er doch essen!“ Der rothe Postmeister, die Hände in die Taschen gesteckt, ging in der Stube auf und nieder, wobei er seinen biegsamen Oberkörper zur Seite neigte, wie ein Segel im Winde.

„In einer halben Stunde muß ich die Adressen haben — alle — alle!“ rief er mit seiner etwas hohen und scharfen Stimme.

„Dann arbeiten Sie hübsch mit, und gehen Sie nicht wie ein Sklavenhalter zwischen uns herum“, sagte Mina.

„Glauben Sie, daß ich nichts Anderes zu thun habe? . . . und die Vorbereitungen — die Verpackungen — wer macht denn die? Meine Damen, es giebt eine Hochwohlweise zu überlisten und wenn wir auch den Bismarck'schen Schnapphähnen über sind — es bleibt immer eine verdamnte Arbeit.“

„Dann kommen Besuche — man giebt Audienzen“, spöttelte ein junger Berliner und eifriger Parteigenosse, der vorübergehend in Zürich weilte. „Genosse Ebner hat Ihnen wohl viel zu erzählen — wie? hat Direktiven mitgebracht, eh?“

„Konrad Ebner ist hier?“ fragte Helene und sah von der Arbeit auf.

triebe als gesetzlich anerkannte Organe zur Vertretung der Interessen der Arbeiter dieser Betriebe.

Sicherstellung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter Staatsbetrieben.

12) Wichtigste Ausführung der Staatsarbeiten eigener Regie, unter Ausschluß von Zwischenunternehmern.

Kontraktliche Verpflichtung aller Unternehmer, denen Staatsarbeiten übertragen werden, oder denen staatsbürgerliche eine Konzession für ihren Betrieb zu erteilen ist, zur Gewährung derjenigen Arbeitsbedingungen an ihre Arbeiter, welche für die Arbeiter in Staatsbetrieben aufzufinden sind. Sicherung der Durchführung dieser Bestimmungen durch Auflegung wirksamer Konventionalklauseln.

13) Rechtliche Gleichstellung der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern.

14) Befestigung des Vorrchts der Juristen auf die Beamtenstellungen des „höheren Verwaltungsdienstes“ und Ermöglichung des Aufstiegs der Beamten zu den höchsten Stellen, ohne Rücksicht auf die akademische Vorbildung.

Ausgleichung der großen Gehaltsdifferenzen unter den Beamten.

Beschränkung der Zahl diätarisch beschäftigter Hilfsarbeiter und Festanstellung der Letzteren nach einer bestimmten Dauer der diätarischen Beschäftigung.

Schaffung von Beamtenanstellungen zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der Beamten.

Sicherung aller Beamten gegen willkürlich verhängte Disziplinarstrafen durch Schaffung einer Berufungsinstanz für Disziplinarsachen, insbesondere Abschaffung der Verhängung von Strafen durch direkte Vorgesetzte und Wegfall der Haftstrafen.

Zivilrechtliche Haftbarkeit aller Beamten für durch sie verursachte oder vorsätzlich verursachte Schäden.

15) Verbesserung der Armen- und Waisenspflege. Unzulässigkeit der Uebertragung von Versorgungsansprüchen an die Armen- und Waisenbehörden oder deren Beamten.

16) Reform des Gefängniswesens.

17) Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe.

18) Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

## Soziales und Partei-Leben.

Der Vorsitzende des dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverbandes hat an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes folgendes Schreiben abgeben:

„Nachdem wir jetzt hier in Dänemark nach den langen Kämpfen des Frühjahrs und des Sommers einigermaßen zur Ruhe gekommen sind, heile ich mich, nach dem Wunsche meines Hauptvorstandes, Ihnen und unseren lieben deutschen Genossen und Klassenbrüdern den herzlichsten Dank für die Sympathie, die Sie uns durch die geleisteten Unterstützungen zeigten, darzubringen. Durch Sie, lieber Kollege, haben wir 18 800 Mark empfangen, und gleichzeitig empfangen wir durch Otto Näher (Berlin) 3500 Mk. und durch Ihre Abtheilung in Deutschland 2270 Mark. Wir bringen Ihnen unsern herzlichsten Dank und ersuchen Sie, denselben den Gebern zu übermitteln. Wenn Gelegenheit kommt, wollen wir Vergeltung üben. Wir haben schon angefangen, unsere Schuld zu bezahlen. Von Stellen sind nämlich 12 von den ausständigen Arbeitern der Maschinenfabrik Stöber hier angekommen und 6 von diesen haben durch unseren Beistand schon Arbeit erhalten, die übrigen sechs unterstützen wir. Da wir Schöne jener deutschen und jener Dänen, die sich im Jahre 1864 in hartem Kampfe schlugen, jetzt einander in jeder Weise

unterstützen, so erinnern wir uns auch mit Dank der Männer, die voran im Kampfe gegen das Kapital gegangen sind, und wir bestärken daran unseren Glauben an die Zukunft. Die Solidarität und die Brüderlichkeit, die sich durch die sachlichen Arbeitskämpfe entwickeln, sowohl national wie international, sollen bald den Krieg zwischen den Völkern ein Ende machen. Wenn erst der Krieg numöglich ist, sind die Arbeit und die Männer der Arbeit die Herren der Welt. Darum: Es lebe die Organisation und die Fächte derselben.“

## Aus Jaly aus Fern.

Ein preussischer Schulpalast, der demnächst unter den Hammer kommen soll, befindet sich in dem Dorfe Lauth in der Nähe von Königsberg. Seinen Werth haben die Hausväter der Schulgemeinde auf 200 Mark geschätzt. Das alte Gebäude wurde feinerzeit in Lauth aufgeführt. Die Wände sind größtentheils buckelig und die Fenster winddicht geworden. Die Fensterrahmen sind verfault, einzelne hat man durch neue ersetzt. Die einzelnen Rahmen weisen große und kleine Scheiben in buntem Gemisch auf. In dem ersten Klassenzimmer sind die Balken zum Theil ganz abgefallen und vom Holzschwamm befallen, der die Schultafel nicht selten mit rötlichen Sporen wie mit feinem Sand überstreut. Jeder, der diesen „Schulpalast“ in Argenschein nimmt, wünscht ihm einen baldigen Untergang.

London. Bei dem großen Brande haben alle Eichenposten dem Feuer besser widerstanden als die Eisentraktionen neuer Gebäude; letztere bogen sich unter dem Einflusse der Hitze rasch, und sofort stürzten die Wände ein. Milton's Grabmal in der Cripplegate-Kirche wurde leicht beschädigt. Das Glockenspiel dieser Kirche, dessen Melodie allmächtig wechsell, begann um drei Uhr Nachts „Home, sweet home“, das bekannte Volkslied, zu schlagen. Ein fürchterliches Getöse verursachten die eisernen Klaffen, welche von Zeit zu Zeit herabstürzten. Das Telegraphen- und Telephonnetz ist im ganzen Umkreise der Brandstätte zerstört. Himmlischen Widerstand leisteten die Mantelvorräthe in verschiedenen Magazinen. Stücke von durchdrängten und halbverkohlenen Mänteln, sowie anderen Kleidungsstücken bedeckten die abgesperrten Straßen. Auch einige Restaurants und Schänken mit Spirituosen sind abgebrannt. Aus der nahen Barbiers-Hall euferte man bald nach dem Ausbruch des Feuers ein berühmtes Holbein-Bild; am Sonnabend wurde es wieder zurückgestellt. Mehr als 150 Waarenhäuser sind niedergebrannt, und 1500 Meter Straße sind in Ruinen verwandelt. Der Ausbruch dieses Feuers in dem engen Viertel, welches die Versicherungsgesellschaften auf ihren Stadtplänen, als das höchste Risiko einschließend, mit Noth angelegt haben, wie es von Haus zu Haus, von Straßenseite zu Straßenseite, von Straße zu Straße sprang, wie der Horizont sich immer dunkel glühender färbte, die Flamme immer wilder zum Himmel emporschlug, bis die eisernen Träger, hier und da weißglühend, nachgaben und das Gebäude einstürzte, war gradezu überwältigend. Die gesamte Feuerwehrt war beschäftigt. Sie war mit einer unbegreiflichen Verspätung erschienen und vermochte nicht mehr das ursprünglichen Sitzes des Feuers Herr zu werden. Auch ihre Besuche, das Feuer auf einen bestimmten Umkreis zu beschränken, blieben zunächst ganz fruchtlos. Ein Glück war es, daß nirgends anderwärts in der verwichenen Nacht große Feuer ausbrachen. Man hätte sie ihrem eigenen Schicksal überlassen müssen.

Vom Beringsmeer. Wieder einmal ist im hohen Norden der Kampf entbrannt zwischen Engländern und Nordamerikanern um das Recht des Robbenfangs.

An den Ufern des Beringsmeeres und seiner Inseln besonders aber auf den Babilow Inseln, befinden sich, wie wir der „Umschau“ entnehmen, alljährlich in der Zeit von April bis Anfang August ungezählte Scharen von Robben in mehreren Arten ein, deren kostbarste der Seebär ist. Zuerst kommen die alten Männchen, um sich Plätze, oft nach erbittertem Kampfe, möglichst nahe dem Meere zu sichern. Nach einem Monat etwa erscheinen ungeheure Mengen von Weibchen und jungen Männchen. Erstere werden von den dem Strande nächsten alten Männchen sehr freundlich empfangen, vom Wasser abgeschnitten und dann von dem gestrengen Herrn auf seinen Lagerplatz getrieben, wo er sich einen ganzen Harem anlegt. Aber während er damit beschäftigt ist, necken ihn die laubwärts nächsten Männchen wieder einen Theil der Weibchen, diesen wieder die nächsten usw., bis alle Weibchen gelandet und alle Harems besetzt sind. Dann gebären die Weibchen und bald danach findet die Begattung für die nächstjährige Niederkunft statt. Die alten Männchen stürzen sich nun wieder ins Meer und die Weibchen widmen sich der Erziehung ihrer zuerst recht unbedenklichen und wasserföhigen Jungen. Jetzt wagen sich auch die jüngeren noch nicht sechs Jahre alten Männchen die sich früher im Meer und auf abgelegenen Plätzen aufgehalten haben, ans Land und tummeln sich da nach Herzenslust. Auf sie hat der Mensch nur gewartet, denn sie strahlen noch in vollstem Glanze ihres durch keine Kämpfe beschädigten Pelzes. Durch Treiberleiten werden sie vom Wasser abgeschnitten und die außerordentlich gutmüthigen, in Harem Thiere nach dem Tammern getrieben, wobei das beste Mittel, einen etwa anfällig werdenden Gefellen wieder süßsam zu machen, ein rasch aufgespannter Regensturm ist. Während des langsamen Marzjages (ein Kilometer in einer Stunde) läßt man alle minder tauglichen Thiere zwischen den Treibern entschlipfen. Auf dem Schlachtplatze läßt man sie sich erst ansruhnen und beruhigen, dann werden nach und nach kleine Trupps abgelöst und die besten unter den Thieren mittelst eines Kolbengeschlages auf die Nase getödtet; die schlechteren läßt man entschlipfen. Die Felle werden mehrere Male gefalzen, dann nach England geschickt, wo durch Einlegen in Gruben, Behandlung mit Salz usw. die steifen Graahaare gelöst und durch Maschinen entfernt werden. Es bleibt eine ungemein weiche, feiden- und sammetartige Grauwolle zurück, die kastanienbraun gefärbt, unter dem Namen Sealskin in den Handel kommt. — Das Fleisch der erlegten Thiere wird von den Eingeborenen getrocknet und muß die Nahrung für das ganze kommende Jahr liefern; aus dem Fette wird Thran gewonnen. — Welch ungeheure Massen von diesen Thieren an den arktischen Meeren leben und wie ungeheure Reichthümer ihr Fang liefert, zeigen nachfolgende Zahlen. Auf den beiden Inseln St. Paul und St. Georg lagern jährlich etwa 1 700 000 Seebären, von denen etwa 1 500 000 Junggeheulen sind. Von Letzteren dürfen nach einem 1892 in Paris vereinbarten Uebereinkommen 100 000 getödtet werden, zu denen noch ebensoviel von anderen Küsten des Beringsmeeres kommen. Die Hälfte von diesen allen liefert die Moskafompagnie. Da das Fell je nach der Güte in rohem Zustande 40 bis 80 Mark werth ist, ergiebt sich ein Gewinn von etwa 10—12 Millionen Mark, eine wohl der Streiteswerthe Summe. Zubereitet haben die Felle natürlich noch viel höheren Werth. Ein Mantel aus Sealskin kostet 12—1500 Mark, ja selbst mehrere Tausend Mark. — Außer dem Seebär wird auch noch der Seelöwe im Beringsmeere getödtet, welcher jedoch weder in so riesig großen Massen vorkommt, noch ein ebenso kostbares Pelzwerk liefert. Doch dürfte sich aus seinem Fang auch annähernd eine Million Mark Gewinn ergeben.

Der Postmeister war zornig in die Höhe gefahren. „Ein Katschneft, dieses Zürieh, ein unausstehliches Katschneft! Wenn da Einer nur in unsere Bude hineinkommt — ehe er sich niedergesetzt hat, weiß es die ganze Stadt.“

„Was kümmert Sie denn Genosse Ebner? Oder lieben Sie, im Solde des Herrn von Madai zu stehen?“

Der junge Mann, dessen Verlässlichkeit außer Zweifel stand, lachte.

Wenn Sie mich so anzurempeln belieben, dann sollte ich wohl beleidigt thun und mich drücken? — fällt mir aber nicht ein — ich freue mich zu sehr, daß Ebner da ist. . . . Ich sage Ihnen, meine Damen, das ist „Einer“, und wenn er auch nicht an unsere Pässe heranreicht, ist Augustus und St. Wilhelmus, so hat er doch auch den Teufel im Leibe.

„Hat so eine Agitationsreise durch ganz Deutschland gemacht, trotz der Sozialistenhass — besigt einen Einfluß auf die Arbeiter — ungeheuer! Versteht es, ihren besunkenen Muth wieder zu heben — das thut jetzt vor allem noth — und dabei läßt er sich nicht erwischen — das ist die Hauptsache. — Aber wir müssen trachten, ihn wieder nach Berlin zu kriegen — wir werden ihn bei den Reichstag wählen, die richtige Schmutze hat er, wenn kann er —“

„Nicht so wie Sie“, unterbrach der rothe Postmeister, lächelnd, „Sie müßten mir eigentlich drin haben — da käme kein Anderer zum Wort.“

„Hören Sie mal auf, das kommt noch . . . Aber nicht erzählen Sie doch schnell, lieber Dankel, weshalb Ebner hierher kam.“

„Er wird einen Vortrag halten —“

„Im Kaffee Kehler, das weiß ich schon.“

„Das wissen Sie auch schon! — Dann lassen Sie mich ungehoren.“

„Aber weiter —“

„Da giebt's kein weiter, die Geschichte ist aus. Empfehle mich allerseits.“ Und sich flott auf die Seite legend, setzte er aus der Stube hinaus.

„Ihr Mann ist heute recht horstig, liebe Tante“, bemerkte Nina in ihrer trockenen Weise.

Die schöne Blondine seufzte mit einer Duldermiene. „Wem sagen Sie das? Als ob ich nicht die Erste wäre, die das verspürte. Heute ist Konzert in der Tonhalle . . . aber er thut nichts dergleichen — und ich habe mich schon so gefreut.“

„Er wird schon gehen“, tröstete Nina, die Tantes Vorliebe für die Tonhalle kannte.

„Der, der! Da kennen Sie ihn schlecht — ich habe alle Hoffnung schon aufgegeben.“

„Vielleicht doch nicht so ganz“, bemerkte der junge Berliner schelmisch, „da Sie Ihre reizende Stirnlöcherchen noch immer in Papilloten tragen.“

Sie machte einen Ruck mit dem Oberkörper von ihm hinweg.

„Ach — gar — laßt mich — Cure Wiße, das paßt mir grade.“

Alle lachten.

„Na, nicht böse sein, Tanchen“, schmeichelte er und machte ein kleines Mädchen.

„Ihre Tante zu sein, das wäre so mein Pläz, wie Sie wieder aussehen.“

„Ich habe auch Niemanden, der mich schön machte . . . nicht reißen, Tanchen, meine Kravatte hängt an dem letzten Faden!“

„D'rum will ich sie ja haben, geben Sie sie her, ich werde sie Ihnen ausbessern.“

„Sie sind ein Engel! Deshalb müssen Sie auch mit dem Dank recht viel Nachsicht haben, Tanchen“, er sagte es so herzlich, als ob er für sich selbst etwas erbitten würde. . . . „Es geht dem Manne zu viel im Kopfe herum.“

Sie nickte. „Natürlich, ich sage es ja immer, er macht sich krank.“

„Lassen Sie nur erst den Kongreß vorüber sein, dann wird es schon besser.“

„Was meinen Sie?“

„Nun, ich meine den geheimen Parteikongreß.“

„Na, der wird lange geheim sein, wenn Sie d'rum wissen.“

„Daß ein Kongreß abgehalten wird, weiß Jeder, es hat ja im „Sozialdemokrat“ gestanden, aber Keiner weiß wo.“

„Ja, das ist meines Mannes Geheimniß, sagte die Tante stolz, „und er weiß es zu wahren.“

„Das soll er auch“, versetzte der junge Manne ernst, dann wieder in seinen leichtesten schmerzhaften Ton zurückverfallend. „Wenn ich nur erfahren könnte, ob Ebner des Kongresses wegen hierher kam, Sie sollten das wissen, Tanchen.“

„Was frage ich danach; ich habe ihn gefragt, ob er nicht heute in die Tonhalle kommen würde, dann ginge mein Mann auch.“

„Und was hat er geantwortet?“

„Raum, hat er gesagt, und gelacht hat er dazu. Aber wer weiß, wenn Sie ihm ein wenig zureden wollten, vielleicht ginge er doch. Bitte thun Sie es, er kommt hierher, er hat mir es versprochen, er wird sofort da sein.“

„Ich bin jetzt fertig“, sagte Helene, schob ihr letztes Rouvert von sich und langte nach ihrem Hute: „Ich muß fort.“ (Fortsetzung folgt.)